



Pressemappe

Landesverband Niedersachsen

(Stand Juni 2011)

Ihr Ansprechpartner

Michael Leukert

Piratenpartei Deutschland
Landesverband Niedersachsen
Postfach 47 32
30047 Hannover

0176 - 551 83 555

presse@piraten-niedersachsen.de

Inhalt

1 Parteigeschichte	3
2 Parteiprogramm	4
2.1 Präambel	4
2.2 Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung	4
2.3 Keine Beschränkung der Kopierbarkeit	4
2.3.1 Freies Kopieren und freie Nutzung	4
2.4 Förderung der Kultur	4
2.4.1 Ausgleich zwischen Ansprüchen der Urheber und der Öffentlichkeit	5
2.4.2 Gleichstellung von Software	5
2.5 Privatsphäre und Datenschutz	5
2.5.1 Privatsphäre	5
2.5.2 Informationelle Selbstbestimmung	5
2.6 Patentwesen	6
2.6.1 Abbau privater Monopole und offene Märkte	6
2.6.2 Patente in der Informationsgesellschaft	6
2.7 Transparenz des Staatswesens	6
2.8 Open Access	6
2.8.1 Open Access in der Forschung	6
2.8.2 Open Access in der öffentlichen Verwaltung	7
2.9 Infrastrukturmonopole	7
2.9.1 Monopole	7
2.9.2 Das elektromagnetische Spektrum	7
2.10 Inhaltsfilterung	7
3 Fakten	8
3.1 Landesverband Niedersachsen	8
3.2 Gründung des Landesverbandes Niedersachsen	9
3.3 Bildung	9
3.4 Der Landesverband NDS setzt sich auch für landespolit. Themen ein	10
3.5 Für die Grundrechte der Bürger	11
3.6 Koordination und Kommunikation innerhalb der Piratenpartei	11
3.7 JUPIs	12
3.8 Piratenhochschulgruppen	12
4 Aktuelle Pressemitteilungen	13
5 Pressestellen	14



Infostand in Braunschweig



1 Parteigeschichte

Am 1.1.2006 wird in Schweden unter der Führung von Rickard Falkvinge die Piratpartiet („Piratenpartei“) aus Protest gegen zunehmende staatliche und wirtschaftliche Überwachung gegründet. Hauptthemen der basisdemokratisch ausgerichteten Partei sind der freie Austausch von Wissen, eine Reformierung des Urheber- und Patentrechts sowie eine Verbesserung des Datenschutzes.

Die schwedische Piratenpartei erfährt bereits kurz nach ihrer Gründung regen Zulauf. Vor allem junge Menschen, die mit dem Internet aufgewachsen sind und der Regulierung des freien Zugangs zu Informationen kritisch gegenüber stehen, schließen sich der Partei an. Ende 2010 betrug die Zahl ihrer Mitglieder 16.000.

In einigen europäischen Ländern greift man die Ideen der schwedischen Piratenpartei auf. Zunächst gründet sich im Juli 2006 die Piratenpartei Österreich. Darauf folgt am 10. September 2006 in Berlin die Gründung der „Piratenpartei Deutschland“. Mitte 2008 sind Piratenparteien bereits weltweit in 18 Ländern aktiv, vereint in der Dachorganisation „PP International“. Seit dem 28. Juni 2009 hat die Partei in allen 16 Bundesländern Landesverbände. Mit der Zulassung zur Landtagswahl in Hessen, der Bürgerschaftswahl in Hamburg, der Europawahl und der Bundestagswahl 2009 konnte die Partei erste Erfolge feiern. Hatten die Piraten kurz vor der Europawahl etwa 1000 Mitglieder, so hat sich die Zahl mittlerweile verzehnfacht.

Hauptthema im Wahlkampf ist vor allem das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bundesbürger vor dem Hintergrund der zunehmenden staatlichen Überwachung. Die Piratenpartei erreichte bei der Bundestagswahl 2009 2,0% der Stimmen.



iratenpartei in Schweden



2 Parteiprogramm

Dies ist eine kurze Zusammenfassung des Parteiprogramms der Piratenpartei. Nähere Informationen zu den einzelnen Themen finden Sie im Internet unter

□ <http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm>

2.1 *Präambel*

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft. Die Allgegenwärtigkeit von Digitalisierung und Vernetzung stellt bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen auf den Prüfstand.

Die Piratenpartei versteht sich daher als basisdemokratischer Teil einer weltweiten Bewegung, die für das gemeinsame Streben nach Wahrung der Privatsphäre und Freiheit für Wissen und Kultur eintritt.

2.2 *Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung*

Die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich des Urheberrechts beschränken das Potential der aktuellen Entwicklung, da sie auf einem veralteten Verständnis von so genanntem "geistigem Eigentum" basieren, welches der angestrebten Wissens- oder Informationsgesellschaft entgegen steht.

2.3 *Keine Beschränkung der Kopierbarkeit*

Systeme, welche auf einer technischen Ebene die Vervielfältigung von Werken be- oder verhindern ("Kopierschutz", "DRM", usw.), verknappen künstlich deren Verfügbarkeit, um aus einem freien Gut ein wirtschaftliches zu machen. Die Schaffung von künstlichem Mangel aus rein wirtschaftlichen Interessen erscheint uns unmoralisch, daher lehnen wir diese Verfahren ab.

Darüber hinaus behindern sie auf vielfältige Art und Weise die berechnete Nutzung von Werken, erschaffen eine vollkommen inakzeptable Kontrollierbarkeit und oft auch Überwachbarkeit der Nutzer und gefährden die Nutzung von Werken durch kommende Generationen, denen der Zugang zu den heutigen Abspielsystemen fehlen könnte.

2.3.1 *Freies Kopieren und freie Nutzung*

Wir sind der Überzeugung, dass die nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung von Werken als natürlich betrachtet werden sollte und die Interessen der meisten Urheber nicht negativ tangiert. Es existiert eine Vielzahl von innovativen Geschäftskonzepten, welche die freie Verfügbarkeit bewusst zu ihrem Vorteil nutzen und Urheber unabhängiger von bestehenden Marktstrukturen machen können.

Daher fordern wir, das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von Werken nicht nur zu legalisieren, sondern explizit zu fördern, um die allgemeine Verfügbarkeit von Information, Wissen und Kultur zu verbessern.

2.4 *Förderung der Kultur*

Wir sehen es als unsere Verantwortung, die Schaffung von Werken, insbesondere im Hinblick auf kulturelle Vielfalt, zu fördern. Positive Effekte der von uns geforderten Änderungen sollen im vollen Umfang genutzt werden können. Mögliche Nachteile für den



kulturell Schaffenden müssen nach Möglichkeit abgemindert werden.

2.4.1 Ausgleich zwischen Ansprüchen der Urheber und der Öffentlichkeit

Wir erkennen die Persönlichkeitsrechte der Urheber an ihrem Werk in vollem Umfang an. Die heutige Regelung der Verwertungsrechte wird einem fairen Ausgleich zwischen den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Urheber und dem öffentlichen Interesse an Zugang zu Wissen und Kultur jedoch nicht gerecht. Im Allgemeinen wird für die Schaffung eines Werkes in erheblichem Maße auf den öffentlichen Schatz an Schöpfungen zurückgegriffen. Die Rückführung von Werken in den öffentlichen Raum ist daher nicht nur berechtigt, sondern im Sinne der Nachhaltigkeit der menschlichen Schöpfungsfähigkeiten von essentieller Wichtigkeit.

2.4.2 Gleichstellung von Software

Wir lehnen einen Sonderstatus von Software im Urheberrecht ab, sofern dieser nicht technisch bedingt ist (zum Beispiel zur Wahrung der Interoperabilität).

2.5 Privatsphäre und Datenschutz

Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen. Die moderne freiheitlich-demokratische Gesellschaftsform wurde in der Vergangenheit auch unter Einsatz zahlloser Menschenleben erkämpft und verteidigt.

Die überwachte Gesellschaft entsteht allein dadurch, dass sie technisch möglich geworden ist und den Interessen von Wirtschaft und Staat gleichermaßen dient. Die Piratenpartei sagt dieser Überwachung insbesondere vor dem geschichtlichen Hintergrund Deutschlands im 19. Jahrhundert entschieden den Kampf an.

2.5.1 Privatsphäre

Das Recht auf Wahrung der Privatsphäre ist ein unabdingbares Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf persönliche Entfaltung sind ohne diese Voraussetzung nicht zu verwirklichen.

Systeme und Methoden, die der Staat gegen seine Bürger einsetzen kann, müssen der ständigen Bewertung und genauen Prüfung durch gewählte Mandatsträger unterliegen. Wenn die Regierung Bürger beobachtet, die nicht eines Verbrechens verdächtig sind, ist dies eine fundamental inakzeptable Verletzung des Bürgerrechts auf Privatsphäre. Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden, das unserer Verfassung innewohnt.

2.5.2 Informationelle Selbstbestimmung

Neue Methoden wie das Scoring machen es erforderlich, nicht nur die persönlichen Daten kontrollieren zu können, sondern auch die Nutzung aller Daten, die zu einem Urteil über eine Person herangezogen werden können. Jeder Bürger muss gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken einen durchsetzbaren und wirklich unentgeltlichen Anspruch auf Selbstauskunft und gegebenenfalls auf Korrektur, Sperrung oder Löschung der Daten haben.

Erhebung und Nutzung biometrischer Daten und Gentests in zentralen Datenbanken erfordern aufgrund des hohen Missbrauchspotentials eine besonders kritische Bewertung und Kontrolle von unabhängiger Stelle.



2.6 Patentwesen

Patentregelungen entwickeln sich zunehmend vom Innovationsanreiz zum Innovationshemmnis. In den Bereichen von Genforschung und Biotechnologie und im Bereich der Softwareentwicklung stellen Patente eine große Gefahr dar. Grundsätzlich wollen wir einen freieren Markt ohne die hinderlichen Beschränkungen der derzeitigen Patentpraxis erreichen. Wir fordern daher eine Reformierung des Patentsystems.

2.6.1 Abbau privater Monopole und offene Märkte

Zunehmender Abbau von Monopolen und eine Öffnung der Märkte sind erklärtes Ziel unserer Partei. Patente als staatlich garantierte privatwirtschaftliche Monopole wie zB. in der Pharmaindustrie stellen grundsätzlich eine künstliche Einschränkung der allgemeinen Wohlfahrt dar, die einer ständigen Rechtfertigung und Überprüfung bedarf.

Dem zunehmenden Missbrauch von Patenten wollen wir Einhalt gebieten. Patentierung von Trivialitäten oder sogar die Blockierung des Fortschritts durch Patente soll unter allen Umständen verhindert werden.

2.6.2 Patente in der Informationsgesellschaft

Wir lehnen Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software einhellig ab. Sie haben unzumutbare und unverantwortliche Konsequenzen, weil sie die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern, weil sie gemeine Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren und weil sie kein Erfindungspotential im ursprünglichen Sinne besitzen.

2.7 Transparenz des Staatswesens

Die steigende Zahl verknüpfter Informationen werden zu Wissen, Wissen wiederum bedeutet Macht. Verengt sich also der Zugang zu Wissen auf einen kleinen Kreis von Nutznießern, so kommt es unweigerlich zu einer Ausbildung von Machtstrukturen, die wenige Personen, gesellschaftliche Organisationen oder staatliche Organe bevorzugt und so letztendlich den demokratischen Prozess einer freiheitlichen Gesellschaft gefährdet.

Die Transparenz der Arbeit von Verwaltung und Politik auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung ist ein fundamentales Bürgerrecht und muss zum Wohle der freiheitlichen Ordnung entsprechend garantiert, geschützt und durchgesetzt werden.

2.8 Open Access

Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl von schöpferischen Tätigkeiten finanziert, die als Produkt urheberrechtlich geschützte Werke hervorbringen. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie auch der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen. Tatsächlich ist dies heute selten der Fall.

2.8.1 Open Access in der Forschung

Wir unterstützen die Berliner Erklärung der Open-Access-Bewegung und fordern die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit über das Internet nach dem Prinzip des Open Access. Wir sehen es als Aufgabe des Staates an, dieses Prinzip an den von ihm finanzierten und geförderten Einrichtungen durchzusetzen.



2.8.2 Open Access in der öffentlichen Verwaltung

Wir fordern die Einbeziehung von Software und anderen digitalen Gütern, die mit öffentlichen Mitteln produziert wird, in das Open-Access-Konzept. Werke, die von oder im Auftrag von staatlichen Stellen erstellt wird, soll der Öffentlichkeit zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt werden. Der Quelltext von Software muss dabei Teil der Veröffentlichung sein.

2.9 Infrastrukturmonopole

Freie Kommunikation ist die Grundlage jeder funktionierenden Demokratie, sie ist ein Grundrecht. Der freie Informationsfluss ist für eine freiheitliche Informationsgesellschaft von essentieller Bedeutung.

Die modernen Kommunikationsnetze halten durch den technischen Fortschritt in jeden Bereich der menschlichen Gesellschaft Einzug. Die Verständigung des neuen Jahrtausends ist geprägt von Telekommunikation, die unser Leben fast gänzlich durchdrungen hat. Als Werkzeug kann sie das Potential der Gesellschaft vervielfachen. Soziale Netze können mit ihrer Hilfe sowohl weitreichender als auch engmaschiger gestaltet werden. Die Weiterentwicklung der Technik reduziert die Kommunikationskosten unentwegt.

2.9.1 Monopole

Die Piratenpartei sieht sich zur Wahrung des technischen Fortschritts in der Verantwortung, die freie Konnektivität zu schützen und Dezentralisierung zu bewirken, insbesondere durch Förderung von nichtkommerziellen Projekten.

2.9.2 Das elektromagnetische Spektrum

Das elektromagnetische Spektrum muss einer breiten, zivilen, demokratischen Nutzung zur Verfügung stehen. Die für alle gleich verfügbare Möglichkeit der breitbandigen Kommunikation, sowie die Summe des individuellen Nutzens müssen dabei anstatt des Geldes Entscheidungskriterium sein

2.10 Inhaltsfilterung

Die Kontrolle der kommunizierten Information zerstört die Grundlagen einer funktionierenden Demokratie. Die Infrastruktur der Telekommunikation muss deshalb neutral gegenüber den transportierten Inhalten operieren. Jedwede Zensurbestrebungen sind zu verhindern. Die Freiheit der Kommunikation darf durch die Bundesrepublik Deutschland auch außerhalb ihres Territoriums nicht unterminiert werden: Zensurbestrebungen fremder Staaten dürfen in keiner Form unterstützt werden.



3 Fakten

3.1 Landesverband Niedersachsen

Der Niedersächsische Landesverband der Piratenpartei ist als fünfter Landesverband der Piratenpartei Deutschland am 8. Juli 2007 gegründet wurden. Davor entstanden die Landesverbände Berlin, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Der erste Landesparteitag fand am 28. Juli in Hannover statt.

Mitglieder (Stand März/11): 1008

Vorsitzender: Arne Hattendorf

Stellvertretender Vorsitzender: Arne Ludwig

Schatzmeister: Dr. Meinhart Ramaswamy

Beisitzer: Miriam Hadj Hassine, Jürgen Stemke, Michael Leukert, Matthias Stoll, Christine Haasler, Mario Espenscheid, Max Rother, Lukas Jacobs



Vorstand des Landesverbands Niedersachsen.

von links:

Jürgen Stemke, Max Rother, Miriam Hadj Hassine, Lukas Jacobs, Arne Ludwig, Arne Hattendorf, Meinhart Kruschke Ramaswamy, Matthias Stoll, Kine Haasler, Mario Espenschied, Michael Leukert

Anschrift:

Piratenpartei Deutschland
Landesverband Niedersachsen
Postfach 47 32
30047 Hannover

E-Mail: presse@piraten-nds.de

Web: <http://www.piratenpartei-niedersachsen.de>



3.2 Gründung des Landesverbandes Niedersachsen

Der Niedersächsische Landesverband der Piratenpartei ist als fünfter Landesverband der Piratenpartei Deutschland am 8. Juli 2007 gegründet worden. Davor entstanden die Landesverbände Berlin, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Der erste Landesparteitag fand am 28. Juli in Hannover statt.

In den letzten Monaten haben die Piraten und ihre Mitglieder vermehrt durch Informationsveranstaltungen auf sich aufmerksam machen können. So haben Piraten nicht nur bei verschiedenen Demonstrationen als Redner die Teilnehmer und viele interessierte Bürger auf das Programm und die Ziele der Piraten aufmerksam machen können.

Gerade bei den regelmäßig stattfindenden Mahnwachen in Hannover und Braunschweig kommen immer mehr Bürger um sich zu informieren. In Oldenburg und Osnabrück finden selbst im tiefsten Winter Unterschriftenaktionen zum Thema „Turbo-Abi“ und Kommunalpolitik in Sicherheitsaspekten statt.

3.3 Bildung

Wir setzen uns für eine freie und umfassende Bildung ein. Wissen und Kultur müssen allen Menschen zugänglich sein. Bildungshürden darf es nicht geben.

Kostenfreier Zugang zu Bildung ist wichtig, dazu ist die Wiedereinführung der Lehr- und Lernmittelfreiheit ebenso erforderlich wie der Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen.

Die Piraten fordern die Abschaffung von Studiengebühren: Sie behindern den gleichberechtigten Hochschulzugang durch unnötige finanzielle Hürden.

Bildungseinrichtungen müssen wieder dazu beitragen, soziale und kulturelle Klüfte zu überwinden, statt sie zu verstärken. Der Lebensraum Schule muss demokratisch von Lehrenden und Lernenden gestaltet werden können.

Das Internet vergisst nicht - deshalb ist Medien- und Internetkompetenz als Unterrichtsfach in Schulen einzuführen. Kinder, die heute nicht lernen, wie sie mit dem Internet angemessen umgehen bzw. welche Inhalte sie über sich selbst hochladen, können sich ohne dies zu wissen ihre berufliche Zukunft verbauen. Sie benötigen Anleitung und umfassende Beratung von kompetenten, medienerfahrenen Lehrkräften.

Die Piraten setzen sich für die Einstellung von mehr Lehrkräften ein, die angemessen bezahlt und gut ausgebildet werden.

□ http://wiki.piratenpartei.de/AG_Bildung



3.4 Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich auch für landespolitische Themen ein.

Für den Atomausstieg: Ein „Atom-Klo“ wie Asse darf es nicht geben. Wir fordern eine ehrliche und ergebnisoffene Suche nach sicheren Endlagern. Wegen der erheblichen Risiken für Mensch und Umwelt, sowie der ungelösten Lagerproblematik sind die Piraten Niedersachsen für ein konsequentes Festhalten am Ausstieg aus der atomaren Stromerzeugung. Wir wollen, dass alle Kosten, die durch die Atommüllentsorgung entstehen, von den Verursachern bezahlt werden. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien.

So wird die Entscheidung des Bundesamtes für Strahlenschutz, den in dem einsturzgefährdeten Bergwerk Asse II eingelagerten Atommüll zu bergen, begrüßt. Der Plan, den Müll aus Asse II in dem ehemaligen Bergwerk „Schacht Konrad“ in Salzgitter zu verklappen, wird jedoch verurteilt. Ein Kritikpunkt ist, dass eine ergebnisoffene Endlagersuche in der Bundesrepublik nie stattgefunden hat.

3.5 Für die Grundrechte der Bürger

Die Piratenpartei Niedersachsen versteht sich als Bürgerrechtspartei, die ihre Themen aus dem Herzen des Landes und somit aus den Anliegen der Bürger bezieht. Es geht den Mitgliedern um einen transparenten Staat und gegen den gläsernen Bürger. Dies bezieht sich nicht nur auf den massiven Ausbau von Kamerasystemen, sondern auch auf die transparente Budgetführung von Städten gegenüber den Bürgern. Außerdem sind wir der Meinung, dass Datenskandale stärker verfolgt werden sollten und ein besseres Verständnis für den Datenschutz hergestellt werden muss.

Mit Hinblick auf die Bürgerrechte zeigte sich zum wiederholten Male, dass in diesem Land nur eine Instanz bereit ist die Freiheit des Bürgers zu schützen. Das Bundesverfassungsgericht urteilte 2010, dass die Vorratsdatenspeicherung grundgesetzwidrig ist. Die Piratenpartei begrüßt dieses Urteil ausdrücklich und hofft, dass mit dieser Schelte die etablierten Parteien sowie die Bundesregierung endlich gelernt haben, dass Bürgerrechte ein unveräußerliches Gut sind.

□ <http://www.piratenpartei-niedersachsen.de>

3.6 Koordination und Kommunikation innerhalb der Piratenpartei

Die Piratenpartei gliedert sich in Landesverbände und untergeordnete Gebietsverbände. Zusätzlich existieren in zwei Bundesländern „Crews“ genannte Zusammenschlüsse von Pi-



raten und eine Vielzahl entlang thematischer Linien organisierter Arbeitsgemeinschaften sowohl auf lokaler als auch auf Landes- bzw. Bundesebene.

Das hinter den Koordinations- und Kommunikationsmechanismen der Piratenpartei stehende Ziel ist, interessierten Menschen politische Beteiligung und aktive Mitarbeit zu ermöglichen und die zugrundeliegenden Koordinationsprozesse über basisdemokratische Entscheidungsfindungen abzubilden.

Eine besondere Rolle für die bundesweite Vernetzung der Mitglieder der Piratenpartei und den effizienten Informationsaustausch spielt die digitale Kommunikation. Die Piratenpartei steht hierbei ihrem Ruf, die Partei des digitalen Zeitalters zu sein, in nichts nach: Die hauptsächliche Nutzung digitaler Medien ermöglicht kurze Kommunikationswege und das direkte Leben der Basisdemokratie.

Zum Arbeiten benutzen die Piraten ihr eigenes Wiki. Dort werden Programmanträge verfasst, diskutiert und an der noch jungen und frischen Satzung gearbeitet. Kurzum, dort wird die Zukunft der Partei vorbereitet. Zu finden ist es unter:

□ <http://wiki.piratenpartei.de>

Natürlich wird nicht nur gearbeitet, sondern auch gerne und viel politisch diskutiert. Auch hier bleiben die Piraten ihren Grundsätzen treu und alles geschieht offen und transparent. Die Hauptkommunikation findet über Mailinglisten statt, eine unvollständige Auflistung findet sich unter:

□ <http://wiki.piratenpartei.de/Mailinglisten>

Alternativ funktioniert der Zugang zu vielen Mailinglisten auch über ein Webfrontend welches unter <http://news.piratenpartei.de> zu finden ist und sogar mit einem Newsserver synchronisiert wird. Natürlich kann man sich auch im Forum der Piraten umschaun:

□ <http://forum.piratenpartei.de>

Darüber hinaus wird in vielen Telefonkonferenzen der Piratenpartei Politik gemacht. So veranstaltet der Bundesvorstand alle zwei Wochen jeweils donnerstags das sogenannte Politikforum. Eine Auflistung vergangener Veranstaltungen findet sich hier:

□ http://wiki.piratenpartei.de/Kategorie:Politikforum_2010

Aber mit alledem geben wir Piraten uns natürlich noch nicht zufrieden.

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, dauerhaft Maßstäbe als moderne und tatsächlich basisdemokratische Partei zu setzen - nicht nur in Deutschland. So werden seit dem xxx in Niedersachsen und dem xxx bundesweit erste Erfahrungen gesammelt mit LiquidFeedback.

Weitere Informationen finden Sie unter:

□ <http://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback>

3.7 *Jupis*

Die Jungen Piraten sind ein Jugendverband nahe der Piratenpartei Deutschland, der sich für die Interessen der jungen Generation im digitalen Zeitalter einsetzt. Er bietet vor allem Jugendlichen die Möglichkeit, Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen und aktuelle Vorgänge kritisch betrachten zu lernen.

Inhaltliche Schwerpunkte der Jungen Piraten sind die Förderung von Medienkompetenz, Wahrung von bürgerlichen Freiheitsrechten, Schutz der Privatsphäre online wie offline und der freie Zugang zu Bildung und Kultur. Jugendliche aus ganz Deutschland formulieren bei den JuPis gemeinsam politische Positionen und bieten im Rahmen von Workshops Gleichaltrigen die Möglichkeit, neue Kompetenzen zu entwickeln und sich über Themen zu informieren, die für sie von besonderer Relevanz sind.

So bringen sich die Jungen Piraten aktiv in die Debatte um den Jugendschutz im digitalen Zeitalter ein und leisten Aufklärungsarbeit zum verantwortungsvollen Umgang mit persönlichen Daten in Social Networks.

Bei den JuPis haben junge Menschen bis zum Alter von 27 Jahren die Möglichkeit, sich auch ohne die Mitgliedschaft in einer Partei politisch zu engagieren und zu lernen, ihre Interessen eigenständig wahrzunehmen.

Mail: kontakt@junge-piraten.de

□ <http://www.junge-piraten.de>

3.8 *Piratenhochschulgruppen*

Die Hochschulgruppen sind grundsätzlich von der Piratenpartei unabhängig, was schon allein deswegen notwendig ist, um den hochschulinternen Regularien gerecht zu werden. Dies schließt natürlich eine gute Zusammenarbeit mit der Piratenpartei nicht aus. Sie setzen sich dafür ein, dass der Open-Access-Gedanke weiter voran getrieben wird. Dies soll unter anderem dadurch erreicht werden, dass Vorlesungen, Vorlesungsskripte und Haushalte im Internet frei zugänglich sind. Des Weiteren fordern sie den Einsatz von Open-Source-Software als Standard an den Universitäten und die Verbesserung des Datenschutzes beim Umgang mit Studierendendaten.

Weitere Informationen finden Sie unter:

□ <http://www.piratenhochschulgruppen.de/>



4 Aktuelle Pressemitteilungen

Aktuelle Pressemitteilungen finden Sie jederzeit auf:

- <http://www.piratenpartei-niedersachsen.de/>
- <http://www.piratenpartei.de>

Archiv:

- <http://www.piratenpartei.de/navigation/presse/pressemitteilungen/2010>

Natürlich senden wir Ihnen auch gerne aktuelle Mitteilungen zu. Um in den Presseverteiler aufgenommen zu werden, senden sie bitte eine Email an:

- presse@piratenpartei-niedersachsen.de
- presse@piratenpartei.de



**PIRATEN
PARTEI**
NIEDERSACHSEN



5 Pressestellen

Landesverband Niedersachsen

Landespressestelle

Mail: Presse@Piraten-nds.de

Fon: 05066 / 99 60 92

Fax: 0700 / 724 836 638

Mobil: 0176 / 551 83 555

Piratenpartei Deutschland

Landesverband Niedersachsen

Landesgeschäftsstelle

Bahnhofsallee 25

31134 Hildesheim

Öffnungszeiten:

Dienstag 9:00 - 11:30 Uhr

Mittwoch 9:00 - 15:30 Uhr

Donnerstag 9:00 - 11:30 Uhr

Weitere Termine sind nach Absprache möglich!

Telefon: 0160-4468803

□ <http://www.piratenpartei-niedersachsen.de/>

□ http://wiki.piratenpartei.de/Landesverband_Niedersachsen/Presseteam

Bundesverband

Bundespressestelle Piratenpartei Deutschland

Mail: presse@piratenpartei.de

Fon: 030 / 609897510

Fax: 030 / 609897519

Mobil: 0163 / 9497684

□ www.piratenpartei.de

Piratenpartei Deutschland

Pflugstraße 9a

10115 Berlin



**PIRATEN
PARTEI**
NIEDERSACHSEN



Junge Piraten (Jupis)

Pflugstraße 9a

10115 Berlin

Fon: 030 / 609897510

Mail: presse@junge-piraten.de



**PIRATEN
PARTEI**

NIEDERSACHSEN

